
94/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 03.12.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Fichtenbauer, Weinzinger
und weiterer Abgeordneter
betreffend Erhöhung des Landesverteidigungsbudgets

Seit mehreren Jahren wird das Österreichische Bundesheer von nicht genügend finanziell bedeckten und zu Ende geführten Reformen verunsichert. Die Erfüllung der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Aufgaben wie die Landesverteidigung ist seit längerem auf Grund von Reformen und der Fortsetzung der verantwortungslosen Budgetpolitik im Bereich der Landesverteidigung nicht mehr in vollem Umfang sichergestellt. Neue Ausrüstung und neues Material fehlt, die Modernisierung der Hubschrauberflotte steht an, selbst der Ersatz des überalterten Fuhrparks geht nur schleppend voran. Nicht einmal jeder österreichische Soldat hat einen neuen Kampfanzug. Selbst der stellvertretende Generalstabschef GenLt Mag. Commenda bringt diese Problematik in der Zeitschrift „Einsatz“ 2/2008 auf den Punkt.

Der Bericht der Bundesheerreformkommission besagt unter Punkt 4.2.4.4. „Materielle Realisierungserfordernisse der Streitkräfteplanung“:

„Das Anforderungs- und Leistungsprofil des Bundesheeres 2010 mit seiner vorrangigen Zielsetzung multilateraler Interoperabilität erfordert die Erhöhung der Verteidigungsausgaben im Transformationszeitraum unter Berücksichtigung der Kostensteigerungen beim Personal-, Betriebs- und Investitionsaufwand. Aus finanzplanerischer Sicht sind für die Transformation mehrere Jahre zu veranschlagen, wobei durch den Abbau nicht mehr benötigter Strukturen, Arbeitsplätze und überzähligen Materials zumindest zeitversetzt - Finanzmittel in den Bereichen Personal und Betrieb frei werden. Die operationeilen Fähigkeiten des Bundesheeres 2010 würden in den idealtypisch dargestellten Modellen einen laufenden Verteidigungsetat zwischen 1,11% und 1,18% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erfordern. (...)“

Das BIP Österreichs für das Jahr 2008 liegt bei rund 286 Mrd. Euro. Ein Prozent wären somit 2,86 Mrd. Euro.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Landesverteidigung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen für das Budget 'Militärische Angelegenheiten', für das Jahr 2009 ein Gesamtbudget von mindestens 2,86 Milliarden Euro, also mindestens 1 Prozent des BIP Österreichs, zu erzielen.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Landesverteidigungsausschuss ersucht.